

Interessensgemeinschaft Inklusive Schule Weinheim

„Projektbeschreibung“, Stand: Dezember 2009

Wer sind wir?

Wir sind sechs Elternpaare aus dem Raum Weinheim (BW) und haben im Sommer 2009 eine Interessensgemeinschaft gegründet, die sich als Teil der Elterninitiativen „Gemeinsam Leben Gemeinsam Lernen“ sieht. Auch wir fordern die inklusive Beschulung unserer Kinder mit Behinderung.

Fünf unserer Kinder werden im Schuljahr 2010/11 schulpflichtig, eines 2011/12. Wir erstreben jedoch aus jeweils individuellen Beweggründen eine Rückstellung und gehen davon aus, dass die entsprechenden Anträge Anfang 2010 genehmigt werden. D.h. unsere Kinder werden im Jahr 2011/12 eingeschult. Sie haben unterschiedlichste Behinderungen mit entsprechend variierendem Förderbedarf. Im Rahmen einer Einzelintegration besuchen sie alle einen wohnortnahen Regelkindergarten und sind dort sehr gut integriert, glücklich und entwickeln sich optimal.

Unsere Grundgedanken:

- Wie sollen wir unseren Kindern erklären, dass sie nicht wie ihre Geschwisterkinder oder FreundInnen auf dieselbe Schule gehen dürfen? Sie haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Behandlung.
- Sie sollen mitten in unserer Gemeinschaft leben dürfen! Gemeinsames Leben braucht gemeinsames Lernen in der Schule.
- Was in anderen Ländern funktioniert, muss auch in Deutschland funktionieren: inklusive Schule!
- Die UN-Konvention Art. 24 gibt uns Recht. Sie wurde dieses Jahr ratifiziert und Deutschland muss sie umsetzen. Dazu hat unser Kultusminister Helmut Rau im Frühling diesen Jahres angekündigt, ab 2010 die Sonderschulpflicht aufzuheben. Kurz: wir verspüren Rückenwind und hoffen, der richtige Zeitpunkt für ein fundamentales Umdenken auch in Baden-Württemberg, speziell in Weinheim, ist gekommen!

Unsere Forderungen an das Staatliche Schulamt Mannheim und das baden-württembergische Kultusministerium:

Wir wünschen uns für unsere Kinder mehr als das, was uns basierend auf dem zur Zeit (noch?) gültigen Schulgesetz BW angeboten wird. Das Modell der Außenklasse (AK) sowie das der sehr ähnlich konzipierten Intensivkooperation (IK) erscheint uns als nicht ausreichend für eine „wahrhaftige“ Gleichberechtigung unserer Kinder im Sinne der UN-Menschenrechte. Das von uns geschätzte ISEP (Integratives Schulentwicklungsprojekt) wird leider nicht mehr genehmigt. Also fordern wir ein innovatives GU-Schulprojekt, dessen wünschenswerte Rahmenbedingungen wir im Folgenden skizzieren:

1. die frühzeitige (und damit sofort beginnende) Suche nach einer Weinheimer Schule, die gern ein innovatives GU-Schulprojekt mit unseren Kindern durchführen möchte, dies am besten über die vierte Klasse hinaus bis zum Schulabschluss
2. die gemeinsame Einschulung unserer Kinder an einer wohnortnahen Grund- bzw. Regelschule als Schüler der Regelschule; (allgemein formuliert: das schulrechtliche Fundament für den Anspruch unserer Kinder auf sonderpädagogische Förderung entsprechend ihrem Grad der Behinderung, dies als Schüler einer allgemeinbildenden Schule, sprich: eine Novellierung des Schulgesetzes)
3. die Klassengröße darf die Zahl von max. 25 Kindern nicht überschreiten (besser wären noch weniger Kinder ...)
4. auch die Kinder mit Förderbedarf müssen beim Klassenteiler voll mitgezählt werden (bei AK/IK nicht der Fall)
5. die Garantie, dass unsere Kinder bis zur Versetzung auf die weiterführende Schule an der Grundschule bleiben können, auch wenn sich Klassengröße oder andere Rahmenbedingungen ändern
6. die frühzeitige Festlegung der betreuenden Pädagogen für die Integration zur rechtzeitigen Teamfindung und Projektvorbereitung
7. den gemeinsamen Unterricht in allen Schulstunden
8. die Unterstützung der Kinder sowie der Grundschullehrer während aller Unterrichtsstunden (Vollzeit) durch SonderschulpädagogenInnen und FachlehrerInnen, bei Bedarf auch durch HeilpädagogInnen und Schulbegleiter/innen (Teamteaching)
9. Konzept für die Vertretungsregelung im Krankheitsfall der zuständigen Lehrer
10. Schulung der auserwählten Lehrer sofern nötig
11. offener, projektorientierter, binnendifferenzierter und individualisierender Unterricht

12. Notenverordnungen/Prüfungsordnungen müssen Chancengleichheit gewähren
13. Zeugnisgestaltung muss dem Entwicklungsniveau des Kindes angemessen sein (siehe z.B. Bericht über Bildungsguthaben Südtirol)
14. die Sicherstellung des Transportes unserer Kinder bzw. Übernahme der Fahrtkosten, sofern das Kind nicht im Einzugsbereich der Schule wohnt
15. Bereitstellung der notwendigen Sach- und Hilfsmittel
16. die Finanzierung dieses Projekts aus einem von den Sonderschulen und Frühförderstellen unabhängigen Budgets für Integrationsmaßnahmen

Was ist bisher passiert?

- Juli 2009: Kontaktaufnahme unsererseits mit dem Schulamt Mannheim mit dem Ziel einer Terminvereinbarung für ein erstes gemeinsames Treffen
- Sept. 2009: Erster Termin mit Vertretern des Schulamtes (Arbeitsstelle Kooperation) ohne konkrete Ergebnisse. Er diente der Vorstellung der Teilnehmer und der existierenden integrativen Schulmodelle seitens des Schulamtes sowie der Abarbeitung „kleiner“ Formalitäten (Rückstellung und Antragsstellung auf integrative Beschulung).
- Dez. 2009: Zweiter Termin mit dem Schulamt /Arbeitsstelle Kooperation sowie dem Leiter einer Weinheimer Sonderschule. Das sechste Ehepaar stößt erst hier zu uns. Wiederholt wird uns die gesetzliche Ist-Situation präsentiert und entsprechend der Konstellation unserer Gruppe das Modell der IK angeboten. Wir präsentieren unsere Vorstellungen. Diese werden im Schulamt vorgestellt und diskutiert. Zudem wird das Schulamt bis zu unserem nächsten Termin im Mai/Juni 2010 die von uns präferierten sowie ggfs. weitere Regelschulen informieren und klären, welche Schulen für die angestrebte integrative (inklusive?) Beschulung in Frage kommen. Um auch den Schulträger rechtzeitig mit in die Planungen einzubeziehen, ist im Feb./März 2010 ein erster Termin mit der Stadt Weinheim (zzgl. Vertreter des Schulamtes, der Eltern, evtl. der Schule/n) geplant.

Wir hoffen, dass sich im nächsten Jahr die Schulpolitik BW zu unseren Gunsten verändert und dass das Kultusministerium sowie Schulamt sich im Sinne unserer Kinder und Gedanken öffnet. Es wäre wunderbar, wenn auch wir (parallel zu anderen Initiativen), Hand in Hand mit Schulbehörde und Schulträger, als Vorreiter den Weg für inklusive Schule in BW ebnen könnten und zukünftig jedes Kind, egal mit welchen Lernvoraussetzungen, zusammen mit seinen FreundenInnen und Nachbarskindern in dieselbe Schule gehen könnte.